

## Kurz notiert

### Hilfe bei Long-Covid

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat erklärt, dass die Langzeitfolgen von Covid-19 auch mithilfe von Naturheilkunde abgemildert werden können. Neben den modernen medizinischen Möglichkeiten dürften »traditionelle Heilverfahren wie die Kneipp-Therapie nicht ungenutzt« gelassen werden, erklärte er. Die Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung werden auch als »Long-Covid« bezeichnet. Schätzungen zufolge leiden etwa zehn Prozent aller Corona-Infizierten noch Wochen und Monate nach der eigentlichen Erkrankung unter diesen Problemen.

Um zu klären, welche Rollen Naturheilkunde und Komplementärmedizin bei der Behandlung von Long-Covid einnehmen können, hat die »Carstens-Stiftung« Fördermittel bereitgestellt. Sie sollen die Forschung zu Therapie- sowie Rehabilitationsmaßnahmen ermöglichen. Wissenschaftler mit ausgewiesener Expertise in naturheilkundlichen und komplementärmedizinischen Verfahren, die an universitären oder außeruniversitären gemeinnützigen Forschungsinstituten in Deutschland tätig sind, können entsprechende Anträge stellen.

*[www.weils-hilft.de](http://www.weils-hilft.de)*

### Bündnis Bodenwende

Das Bündnis Bodenwende ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Akademien, Kammern, Verbänden und Stiftungen aus den Bereichen Architektur und Raumplanung, Umwelt und Naturschutz sowie Soziales und gesellschaftliche Teilhabe. Es setzt sich dafür ein, dass eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ganz oben auf die Agenda für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kommt. Deshalb hat das Bündnis am 12. April 2021 den im Bun-

destag vertretenen Parteien »Bodenpolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021« vorgelegt. Darin geht es u.a. um die Regulierung des Bodenmarktes, Stärkung des Erbbaurechts, gerechtere Besteuerung von Grund und Boden, Nutzung leistungsloser Bodenwertsteigerungen für die Allgemeinheit sowie neue planungsrechtliche Instrumente für den Bau von bezahlbaren Wohnungen. Das Bündnis erwartet bis Mai die Antworten. Diese werden im Juni 2021 zusammen mit einem Forderungskatalog veröffentlicht und am 29. Juni 2021 in einer öffentlichen *Online*-Debatte diskutiert.

*[www.stiftung-trias.de](http://www.stiftung-trias.de)*

### Verantwortungseigentum

Die Idee des Verantwortungseigentums gewinnt immer mehr Anhänger. Konkret geht es dabei um die neu einzuführende Rechtsform der »Gesellschaft mit gebundenem Vermögen« (GmbH-gebV), bei der Vermögen und Gewinne im Unternehmen bleiben, d.h. die Eigentümer können kein Kapital entnehmen. Zwar behalten sie ihre Stimm- und Teilhaberechte, agieren aber nur als Treuhänder des Firmenvermögens. Statt Gewinnmaximierung soll so der Unternehmenszweck im Vordergrund stehen.

Die vor zwei Jahren gegründete »Stiftung Purpose« hat bereits Hunderte von Unternehmen für die Idee des Verantwortungseigentums begeistern können – und inzwischen auch politische Prominenz, darunter die Kanzlerkandidaten Armin Laschet (CDU) und Olaf Scholz (SPD) sowie den Co-Vorsitzenden von »Bündnis90/Die Grünen« Robert Habeck. Selbst der zuvor skeptische CDU-Wirtschaftspolitiker Friedrich Merz signalisiert jetzt Offenheit. Damit sind die Chancen, die neue Rechtsform der GmbH-gebV in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages einzuführen, gestiegen.

*<https://purpose-economy.org>*

die Drei 3/2021

## Wulkower Hof

Der Wulkower Hof liegt in Wulkow bei Lebus im Osten von Brandenburg. Von Ortsansässigen und idealistischen Zugereisten wurde dort kurz nach der Wende ein Verein gegründet mit dem Zweck, Kräfte und Ideen für eine eigenständige ökologische Regionalentwicklung zu bündeln und dem befürchteten kapitalistischen Ausverkauf des Ostens alternative Ideen entgegenzustellen. Unterstützt von der engagierten Wulkower Bürgermeisterin und der Gemeindevertretung gründeten sich unter dem Dach des ›Ökospeicher e.V.‹ verschiedene Unternehmen in den Bereichen Landschafts-, Gewässerpflege, erneuerbare Energien, Lehm- und biologische Landwirtschaft. Sitz und Namensgeber des Vereins war und ist ein ehemaliger Getreidespeicher im Dorfczentrum. Direkt nach der Wende fanden dort wöchentliche Markttag statt, um lokalen Akteuren aus Ernährung, Handwerk und Beratung eine Informations- und Vermarktungsmöglichkeit zu bieten. Der ›Ökospeicher Wulkow‹ wurde in der Folgezeit mit ABM-Kräften, *Workcamps* und viel Eigenleistung der Mitglieder zu einem Kulturzentrum mit Restauration und Übernachtungsmöglichkeiten ausgebaut.

Auf dem Wulkower Hof wird heute in biologisch-dynamischer Wirtschaftsweise überwiegend Brotgetreide und Kleegras angebaut, außerdem werden Mutterkühe mit Nachzucht und Angler Sattelschweine gehalten. Bewirtschaftet werden etwa 150 ha Ackerland und 30 ha Grünland (davon das meiste Naturschutzgrünland, insbesondere Streuwiesen). Hinzu kommen Wald- und Gewässerbereiche und offene Weideflächen, zusammen gut 200 ha. Etwa 130 ha sind Eigentumsflächen, der Rest ist Pachtland, davon 20 ha Kirchenland.

Zusammen mit der ›Kulturland eG‹ konnten knapp 5 Hektar Ackerfläche, die seit der Gründung des Hofes in Pacht bewirtschaftet wurden, gekauft werden. Nach fast 30 Jahren und zweifachem Besitzerwechsel ist das Flurstück jetzt Gemeinschaftsgut, zur Finanzierung wird aber noch Unterstützung gebraucht.

[www.kulturland.de](http://www.kulturland.de)

## Solidargemeinschaften gestärkt

Innerhalb des am 6. Mai in dritter Lesung beschlossenen Digitale-Versorgung-und-Pflegegesetzes (DVPMG) hat der Deutsche Bundestag auch den rechtlichen Status der Solidargemeinschaften als gesetzlich zulässige anderweitige Absicherung im Krankheitsfall bestätigt. Der Gesetzgeber verpflichtet die Solidargemeinschaften, ihren Mitgliedern Leistungen »in Art, Umfang und Höhe« der gesetzlichen Krankenkassen zu gewähren. Außerdem müssen sie ihre »dauerhafte Leistungsfähigkeit« gutachterlich nachweisen. »Die Kriterien, die der Bundestag nun gesetzlich vorschreibt, sind vernünftig und werden von den Mitgliedseinrichtungen der BASSG bereits erfüllt«, begrüßte der Vorsitzende des Dachverbands von Solidargemeinschaften (BASSG) Urban Vogel den Beschluss des Bundestags. Die BASSG hat sich für diese gesetzliche Klärung immer wieder eingesetzt, da die Rechtsunsicherheit auch zu vielen gerichtlichen Auseinandersetzungen führte.

Damit wird eine rechtliche Unsicherheit beseitigt, die mit der Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht 2007 eingetreten war. Der Gesetzgeber hatte es damals versäumt, klare Kriterien festzulegen, welche Rechte und Pflichten eine Solidargemeinschaft erfüllen muss. In der Folge verweigerten Krankenkassen ihren Mitgliedern den Wechsel etwa zur Solidargemeinschaft ›Samarita‹. Finanzämter erkannten die Absetzbarkeit der Mitgliedsbeiträge an die Solidargemeinschaften nicht an.

Jetzt muss der Bundesrat noch zustimmen.

[www.samarita.de](http://www.samarita.de)

Anzeige

### WER HILFT

einem herzigen Zwillingpaar (8 J) den Besuch an der Steiner-Schule Münchenstein zu ermöglichen? Wir möchten noch großzügige Gönner finden; monatliche Spenden und Jahresbeiträge willkommen! Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an unseren Lehrer:

[christoph.merholz@rsm.ch](mailto:christoph.merholz@rsm.ch) +41 78 88 68 632